

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Braun, Dr. Rainer Rothfuß, Martin Sichert, Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Edgar Naujok, Martin Erwin Renner, Barbara Benkstein, Marc Bernhard, René Bochmann, Peter Felser, Dr. Götz Frömming, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Kay- Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Fortgesetzte Christenverfolgung in Nigeria beim Namen nennen und ächten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 24. Dezember 2023 überfielen islamistische Banden in Nigeria gezielt christliche Dörfer im Bundesstaat Plateau und töteten innerhalb weniger Tage circa 200 Menschen.¹ Die Morde hielten an, in den darauffolgenden Wochen gab es fast jeden Tag Überfälle auf christliche Dörfer. Am 7. Januar 2024 wurden 41 Christen Opfer islamischen Terrors.² Alle Taten richteten sich dezidiert gegen wehrlose Christen, die in ihren Dörfern, teilweise während der Weihnachtsgottesdienste, getötet wurden. Die Morde wurden durch gut organisierte und bewaffnete Banden der Terrorgruppe Boko Haram und ihrer Nachfolgeorganisationen (Islamischer Staat der Provinz West Afrika – ISWAP) sowie ihres Umfelds ausgeführt, aber auch durch Nachahmer aus der sogenannten nigerianischen Zivilgesellschaft.

Die nomadisch lebenden, muslimischen Fulani-Viehhirten gelten vielerorts als die Nachfolger von Boko Haram. Ihre Taten werden von der Regierung geduldet und bleiben ungesühnt. Sie tragen bei ihren Überfällen zum Teil Militärkleidung und sind modern bewaffnet. Ihre besondere Grausamkeit, wie etwa das Herausschneiden ungeborner Föten aus den Mutterleibern christlicher Frauen, ist bekannt.³

Im Bundesstaat Niger haben inzwischen Terroristen mit Hilfe lokaler Krimineller in mehreren Dörfern Kontrollstationen errichtet, um dort von allen Nicht-Muslimen „Steuern“ zu erheben, für jegliche Bewegung und kommerzielle Aktivität. Landwirte müssen für den Verkauf ihrer Ernte zahlen, einfache Bürger bei jeglichem Verlassen ihrer Dörfer. Die Regierung schreitet nicht ein.⁴

Die Christenverfolgung begann 2009, mit dem Aufkommen der Terrorgruppe Boko Haram. Sie erwies sich als organisatorisch geschult und militärisch gut ausgerüstet. Seitdem wurden 53.000 Christen ermordet. Mit der Präsidentschaft von Muhammad

¹ www.catholicnewsagency.com/news/256385/christian-villages-in-nigeria-reeling-after-christmas-attacks-leave-nearly-200-dead

² <https://morningstarnews.org/2024/01/terrorists-slaughter-41-christians-in-kaduna-state-nigeria/>

³ www.hart-uk.org/fulani-herders-follow-boko-haram/

⁴ <https://saharareporters.com/2024/01/02/terrorists-take-over-several-communities-niger-state-set-toll-gate-collect-levies>

Buhari im Jahr 2015 erfuh die Christenverfolgung eine Dynamisierung. So ermordeten zuletzt im Mai 2023 muslimische Fulani-Viehhirten 700 Christen und widmeten ihre Taten dem scheidenden Präsidenten Muhammad Buhari als „Abschiedsgeschenk.“ Die Fulani rühmten sich, in nur 60 Tagen mehr als 100 Kirchen zerstört zu haben.⁵ Insgesamt waren im Jahr 2023 4.500 ermordete Christen zu beklagen.

Die Antragsteller hatten bereits in der letzten Wahlperiode mit einem Antrag die schreckliche Menschenrechtslage für Christen in Nigeria thematisiert und die Bundesregierung aufgefordert, dagegen tätig zu werden.⁶ Die Lage hat sich, laut der Hilfsorganisation Open Doors, gerade in den letzten fünf Jahren kontinuierlich verschlechtert.⁷

Unter Bola Tinubu, dem neuen Staatspräsidenten Nigerias seit Februar 2023, genannt „Der Pate von Lagos“ und des Heroinschmuggels beschuldigt⁸, kommt es nun, laut der angesehenen Menschenrechtsorganisation InterSociety, vermehrt zur Zusammenarbeit von Fulani-Dschihadisten mit Mitgliedern der nigerianischen Sicherheitsbehörden. Die Fulani werden in islamistisch-dschihadistische Strukturen integriert, Mitglieder der nigerianischen Armee, Polizei und der Sicherheitsdienste leiten sie an und wählen die Ziele ihrer Anschläge aus. Tausende wehrloser Nigerianer wurden – in verschiedenen Regionen – getötet, entführt oder zum Verschwinden gebracht, einzig aufgrund ihrer religiösen und ethnischen Zugehörigkeit. Zudem ist der Verbleib von rund 1.000 Christen aus der Ethnie der Igbo seit Januar 2023 ungewiss. Sie verschwanden in den Bundesstaaten Anambra, Imo, Enugu, Abia und Ebonyi. Für diese Verbrechen sind Mitglieder der Sicherheitsbehörden verantwortlich. Dort kursiert der Spruch: „In Nigeria ist es besser, 100 Christen zu töten, als einen Fulani-Dschihadisten.“⁹

Es wird vermutet, dass die Attacke an Weihnachten im Bundesstaat Plateau ein Racheakt für ein Massaker der nigerianischen Armee am 3. Dezember war. Bei einem muslimischen Festival in Tudun Biri im Bundesstaat Kaduna starben 120 wehrlose Besucher durch zwei Drohnenangriffe der Luftwaffe. Die Armee behauptete später, sie habe Terroristen treffen wollen und das Dorf irrtümlich attackiert. Im Dezember 2017 bombardierte die Luftwaffe Nigerias ein christliches Flüchtlingslager und christliche Dörfer im Staat Adamawa, damals starben 286 Menschen.¹⁰

Die Regierung Nigerias hat keine Kontrolle über ihre Armee und ihre Sicherheitsbehörden. Schwerste Verbrechen ihrer Angehörigen bleiben ohne Konsequenzen. Nigeria, das bevölkerungsreichste Land Afrikas, gerät zunehmend zu einem Failed State.

Die Erklärungsversuche der Bundesregierung¹¹ und deutscher Leitmedien¹² für die Morde an Christen – es seien durch den Klimawandel hervorgerufene Verteilungskämpfe um Ressourcen und Land – sind in den Augen der Antragsteller verfehlt, irreführend und beleidigend gegenüber den Opfern. Derartige Interpretation spotten der eindeutig religiös begründeten Gewalt gegen nigerianische Christen. Zudem blenden sie das enorme Wachstum der Bevölkerung trotz des Klimawandels – bis zum Jahr

⁵ <https://cruxnow.com/church-in-africa/2023/06/report-claims-700-christians-killed-as-farewell-gift-to-nigerias-ex-president>

⁶ Antrag der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/25310

⁷ www.opendoors.de/christenverfolgung/weltverfolgungsindex/laenderprofile/nigeria#header_5

⁸ www.bloomberg.com/news/articles/2022-06-22/presidential-hopefuls-in-nigeria-can-t-shake-graft-allegations

⁹ Intersociety also sees the latest butcheries as clear handiwork of Fulani Jihadists (Jihadist Fulani Herdsmen and Jihadist Fulani Bandits) and conspiratorial security chiefs and operatives particularly the operatives of the Nigerian Army, the Nigeria Police Force and the DSS. <https://intersociety-ng.org/nigerian-security-forces-and-government-protected-fulani-jihadists-have-continued-to-slaughter-abduct-and-disappear-thousands-of-defenseless-nigerians-on-the-grounds-of-religion-and-ethnicity/>

¹⁰ ebd.

¹¹ www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/beauftragter-der-bundesregierung-schwabe-reist-nach-nigeria-120266, Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 20/9755

¹² <https://twitter.com/zeitonline/status/1739653799461990745>

2050 wird sie von derzeit 220 Millionen auf 360 Millionen anwachsen – völlig aus. Dennoch begegnen entsprechende Erklärungsversuche auch in den Berichten der von der Bundesregierung bezahlten Hilfsorganisationen¹³ und Medien¹⁴. In den Berichten international renommierter Menschenrechtsorganisationen aus Nigeria kommen derartige Erklärungsversuche hingegen nicht vor. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Ursachen klar zu benennen und die Verantwortlichen zu konfrontieren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die menschenrechtswidrige Christenverfolgung in Nigeria als drängendes Problem gezielt religiös motivierter Gewalt bis hin zum massenhaften Mord konsequent zu benennen und zu ächten;
2. diese als Thema bei den Vereinten Nationen aufzusetzen;
3. im Rahmen der Verhandlungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland die Notwendigkeit, jedwede religiöse Gewalt im Lande zu bekämpfen, als klares und priorisiertes Ziel festzuschreiben;
4. der nigerianischen Regierung eine schrittweise Kürzung der Entwicklungshilfe, bis hin zur vollständigen Streichung derselben in Aussicht zu stellen, sollte die nigerianische Regierung nicht konsequent gegen die menschenrechtswidrige und systematische Verfolgung von Christen vorgehen und diese unterbinden.

Berlin, den 5. September 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung unterstützte Nigeria in den letzten Jahren (2018 bis 2021) jährlich mit 55 bis 66 Millionen Euro, dezidiert zur Bekämpfung von Boko Haram.¹⁵ Beim letzten Besuch des Bundeskanzlers in Nigeria (30. November 2023) ging es um Energie- und Rohstoffkooperation, um die Entwicklung Nigerias bezüglich Demokratie und Ökologie, den „Compact with Africa“, um die Aufnahme Nigerias in den UN-Sicherheitsrat und die G20, um die Kriege in der Ukraine und Israel, um das Potenzial der Fachkräfte, die nach Deutschland einwandern könnten, und weitere Themen.¹⁶ Olaf Scholz sprach mit Vertretern der neugewählten Regierung und sowie mit solchen der sogenannten Zivilgesellschaft. Das Thema Christenverfolgung sprach er hingegen nicht an, zumindest nirgends in öffentlichen Verlautbarungen.

Bei der Reise von Annalena Baerbock im Dezember 2022 nach Nigeria ging es, neben der Übergabe der Benin-Bronzen, um eine Friedensinitiative in der Tschadseeeregion. Eine nigerianische Stararchitektin wurde für den Wiederaufbau eines von Boko Haram zerstörten Dorfes engagiert, und die Bundesregierung bekundete ihren Willen für die Wiedereingliederung ehemaliger Boko-Haram-Kämpfer in die sogenannte Zivilgesellschaft. Auch hier war die gezielte Christenverfolgung kein Thema.¹⁷

¹³ www.oxfam.de/system/files/oxfam_wueste_factsheet-web.pdf

¹⁴ www.dw.com/de/nigeria-wahlkampf-ohne-klimawandel/a-64734009

¹⁵ Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 20/2000, S. 43 ff.

¹⁶ www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressekonferenz-von-bundeskanzler-scholz-anlaesslich-seines-besuchs-in-der-bundesrepublik-nigeria-am-30-oktober-2023-in-lagos-2233970

¹⁷ www.auswaertiges-amt.de/de/service/laender/nigeria-node/baerbock-nigeria-benin-bronzen/2569610

Der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Frank Schwabe, will in Nigeria „auch jene Menschen in den Blick nehmen, die einer weltanschaulichen Organisation angehören und sich für die Freiheit des Nichtglaubens einsetzen.“ Die systematische Ermordung von Christen durch bewaffnete islamistische Banden und ihre Nachahmer in der sogenannten Zivilgesellschaft scheint für ihn kein Thema der Religionsfreiheit zu sein; er sagt: „Die Konflikte zwischen Bauern und Hirten, zwischen Christen und Muslimen mögen religiös aufgeladen sein, haben allerdings ihren Ursprung in der Auseinandersetzung um Ressourcen.“¹⁸

Der vorige Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel, hatte am 11. März 2020 im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages noch ausführlich über die nigerianische Menschenrechtsproblematik berichtet und war dabei insbesondere auf das Ausmaß und die unterschiedlichen Formen der Verfolgung von Christen in Nigeria eingegangen.

Die Bundesregierung muss sich fragen, wie sie das Problem behandeln, geschweige denn lösen will, wenn sie nicht einmal willens ist, die Täter zu benennen, und stattdessen Umweltprobleme als Ursache angibt, so als ob wandernde Viehhirten eine naturgegebene Neigung zum Morden hätten, während ihre Opfer, die siedelnden Bauern, bei „der Auseinandersetzung um Ressourcen“ quasi natürliche Opfer seien.

Die Erklärungen der Bundesregierung sind nach Auffassung der Antragsteller falsch und unzureichend. 53.000 tote Christen sollten für eine deutsche Bundesregierung Anlass genug sein, ihre Stimme zu erheben und Druck auf die nigerianische Regierung auszuüben.

¹⁸ www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/beauftragter-der-bundesregierung-schwabe-reist-nach-nigeria-120266

